

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 966

Vorwort: Finger weg! : Staat und Familie
Autor: Renninger, Suzann-Viola

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- (1) Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt
- (2) Verhinderungsbüros und Familienbremspolitik
- (3) Mehr Freiheit, mehr Kinder
- (4) Familie – trotz alledem!
- (5) Das neue Familienbewusstsein
- (6) Familienpolitik für alle
- (7) Dreifachsalto mit Sicherheitsnetz

Finger weg! – Staat und Familie

«Das ist privat» ist eine häufige Antwort, wenn es um familiäre Fragen geht. Doch wieweit soll das gelten? Wenn hinter geschlossenen Haustüren Familienangehörige misshandelt, Kinder bis zum Hungertod vernachlässigt, Frauen vergewaltigt und demente Verwandte an ihren Betten festgebunden werden, dann muss die Gesellschaft, muss der Staat einspringen. Doch wenn wir das Extrem verlassen? Wann darf der Staat Menschen vor sich selbst und vor anderen schützen? Wo beginnt der intime Bereich, in dem er unter keinem Fall etwas zu suchen hat?

«Mein Bauch gehört mir!», riefen in den 70er Jahren die Frauen, die gegen das Abtreibungsverbot kämpften. «Mein Tod gehört mir!» ist die Variante in der aktuellen Debatte um die Sterbehilfe. Der Staat kontrolliert, ob wir unsere Kinder zur Schule schicken, bestimmt den Lehrplan und die Unterrichtsmittel. Er gibt die Bedingungen vor, unter denen Ehen geschlossen, geführt und wieder geschieden werden. Und seine Behörden geben Empfehlungen ab, was zu den Familienmahlzeiten am besten auf dem Tisch stehen sollte. Es gibt Paragraphen zum Verbot des Kiffens

und zum Gebot der Gleichstellung von Frau und Mann. Wie nötig ist all dies?

Hilfe kann rasch in Bevormundung kippen und Schutz zu Zwang mutieren. Es braucht den Staat als Instanz, der unterstützt, wenn man sich selbst nicht helfen kann und alle anderen Beziehungen und Strukturen versagen. Doch darüber hinaus wird es rasch kritisch: «Finger weg!» lautet der Titel unseres Dossiers. «Finger weg von der Familie», soweit und solange wie möglich, damit der Staat limitiert und der Einzelne frei bleibt.

Was das konkret für die heutige Gesellschaft heisst, war Thema der 5. Ideenmesse, die im November 2008 von Avenir Suisse unter dem Titel «Männer, Frauen, Kinder – Staatsaufgabe oder Privatsache?» durchgeführt wurde. Heisst Chancengleichheit, dass sich der Staat um eine umfassende Förderung der Kleinkinder kümmern muss? Muss durch höhere Abgaben erzogen und bestraft werden, wer zuviel raucht, fett isst und sich nicht bewegt? Ist es nötig, dass eine familienfreundliche Politik auf dem Weg staatlicher Massnahmen durchgesetzt wird? Die Beiträge des Dossiers dieser Ausgabe führen die Debatte der Ideenmesse fort.

Suzann-Viola Renninger